

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tierversuche reduzieren I

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, den Übergang von der tierexperimentellen zur tiergebrauchsfreien Forschung zu unterstützen und Förderstrukturen für alternative Methoden zu verstärken. Die Tierschutz-Versuchstierverordnung ist mit dem Ziel zu ändern, dass Tierversuche, die mit schweren und voraussichtlich langanhaltenden Schmerzen und Leiden verbunden sind, nicht weiterhin erlaubt sind. Ferner sollen Versuche an Menschenaffen verboten und an nichtmenschlichen Primaten weitestgehend reduziert werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2019 zu berichten.

Begründung:

Mit der Richtlinie 2010/63/EU schuf die Europäische Union im Jahr 2010 ein Instrument, welches den Mitgliedstaaten ermöglicht, wirksame Einschränkungen bei Tierversuchen gesetzlich festzulegen. Die Richtlinie fordert die Mitgliedstaaten ebenso dazu auf, Tierversuche durch Alternativen zu ersetzen und zukünftig komplett darauf zu verzichten. Bisher gibt es jedoch weder einen konkreten Zeit- noch einen geeigneten Maßnahmenplan, der ein gezieltes Ausstiegsszenario oder die strukturierte Förderung alternativer Methoden mit dem Ziel des Verzichts von Tierversuchen in Deutschland zur Folge hat.

Die Richtlinie 2010/63/EU formuliert in diesem Zusammenhang nicht nur den Rahmen, der einen Ausstieg möglich macht, sondern skizziert zugleich die gesellschaftliche Weiterentwicklung im Bereich der Tierversuche und des Tierschutzes allgemein. Mit der Richtlinie 2010/63/EU haben sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt, Versuche mit lebenden Tieren für wissenschaftliche Zwecke vollständig zu ersetzen, sobald dies möglich ist. Will Deutschland seiner Vorbildfunktion in Sachen Tierschutz nachkommen, muss die Bundesregierung auch bereit sein, eine entsprechende Rolle als Vorreiter bei der tierversuchsfreien Forschung zu übernehmen.

In Österreich, die Niederlande und Schweden sind Tierversuche an Menschenaffen unzulässig. Nach den neusten Erkenntnissen der Verhaltensforschung ähneln Menschenaffen dem Menschen. Sie verfügen über besondere kognitive und emotionale Fähigkeiten. Ebenso werden ihnen kulturelle Leistungen zugesprochen, werden als besonders intelligent eingestuft und verfügen über ein Selbstbewusstsein. Aufgrund dieser Eigenschaften ist es ethisch nicht zu vertreten auch in Ausnahmefällen biomedizinische Experimente an Menschenaffen zu vertreten.

Das Gleiche gilt auch für nichtmenschliche Primaten, die in vielen europäischen und deutschen Tierversuchslaboren erheblichen Schmerzen, Leiden und Ängsten ausgesetzt sind. Darüber hinaus bestehen Zweifel daran, wie bei nichtmenschlichen Primaten die verhaltensmäßigen und sozialen Bedürfnisse sowie ihre Anforderungen an ihre Umwelt in einer Laborumgebung erfüllt werden können.

Als Vorreiter beim Paradigmenwechsel sind die Niederlande zu nennen. Die Niederlande haben im Dezember 2016 ihren Abbauplan für Tierversuche vorgestellt. Sie zeigen damit, dass sie der EU-Richtlinie vollumfänglich folgen wollen. Dabei wird deutlich, dass es einer Gesamtstrategie für alle Bereiche bedarf. So müssen die jeweiligen Bereiche, in denen Tierversuche durchgeführt werden, einzeln beurteilt werden, um in der Folge Reduktionsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Ziel der Niederlande ist es, bis zum Jahr 2025 Tierversuche zu regulatorischen Sicherheitstests für Chemikalien sowie Tierversuche zu Lebensmittelzusätzen und Pestiziden komplett einzustellen. Ebenfalls wird geplant, Impfstoffe tierversuchsfrei zu testen.

Deutlich wird, dass alle Stakeholder zusammenarbeiten müssen, um den Prozess zielorientiert durchzuführen. Nur so kann der Weg für tierversuchsfreie Methoden nachhaltig geebnet werden.

Berlin, d. 14. September 2018

Saleh Dr. Czyborra Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Dr. Efler Schulze
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Taschner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen